

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 279.

Neuenbürg, Mittwoch, den 28. November 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

Mainz, 27. Nov. Seitler waren Bestechungen der französischen Behörden bei der Grenzüberbrechung gebräuchlich. Jetzt ist General Degoutte einen Geheimbrief herausgegeben, in welchem er einen Bestechungsversuch warnt, festzunehmen. Die Strafe für Bestechung beträgt ein Jahr Gefängnis und 1000 Francs. Der Anzeiger erhält eine hohe Belohnung.

Wettlingen, 27. Nov. Am Samstag wurden etwa 150 Hühner völlig ausgeraubt. Vor den Wärdeläden standen gestern lange Schlangen von Menschen an. Die Wärdel sind nicht in der Lage, Brot zu backen, wodurch die Ernährungsfrage eine weitere Verschärfung erfährt. Die Wärdel hatten drei Tote und 20 Verwundete. Die Polizei hatte keine Verluste. Hunderte von Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Stuttgart noch keine Prägung der Rentenpfennige.

In Berlin ist die Prägung der Rentenpfennige in vollem Gange. Die Münze arbeitet dort sogar mit Überstunden. Es werden täglich und zwar schon seit bereits acht Tagen 150 000 Rentenpfennige hergestellt. Bekanntlich ist die Ausgabe von 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Pfennigen geplant. In der Hauptstadt soll aber vorerst nur das kleinere Rentenpfennig geprägt werden, um dem Mangel an Kleingeld vorzubeugen. Die Rentenpfennige sollen außer in Berlin auch noch in Hamburg, Stuttgart, Karlsruhe, München und Nürnberg hergestellt werden. In Stuttgart wurde, wie wir hören, die Prägung noch nicht begonnen, weil das Material für die Münze noch nicht eingetroffen ist. Alle Vorbereitungen dazu sind aber getroffen, so daß man annehmen darf, daß mit der Prägung auch in Stuttgart Ende dieser oder Anfang nächster Woche begonnen werden kann.

Wieder sozialdemokratische Zeitungen in Bayern.

Der bayerische Generalstaatskommissar hat mit sofortiger Wirkung verfügt, daß das generelle Verbot von Zeitungen und Zeitschriften, die von der Vereinigten sozialdemokratischen Partei herausgegeben sind oder sozialistische Ziele verfolgen, aufgehoben wird. Unter bestimmten Voraussetzungen dürfen sozialistische Zeitungen und Zeitschriften in Bayern wieder erscheinen. — Die Verfügung des Generalstaatskommissars ist sofort zurückzuführen, daß der Landesverband der bayerischen Arbeiter vor etwa acht Tagen einen Beschluß gefaßt hat, in dem der Generalstaatskommissar aufgefordert wird, das generelle Verbot der sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften aufzuheben. Durch das wochenlange Nichterscheinen ist in der Tat das sozialistische Zeitungsgebet in Bayern unmittelbar an den General gelangt. Wenn nach wenigen Tagen dieses Verbot aufgehoben geblieben wäre, so wären tausend von Exilanten elend zugrunde gegangen.

Eine bemerkenswerte bayerische Stimme.

München, 27. Nov. Die regierende Partei Bayerns, die bayerische Volkspartei, kommt in ihrem offiziellen Parteivorstand, der Bayerischen Volkspartei-Konferenz, auf die Frage der Regierungsbildung im Reich zu sprechen und lehnt eine nationale Einheitsliste als letztes Mittel ab. Parteivorstand wird da ausgesprochen: „In Wirklichkeit handelt es sich um eine ernste Krise der deutschen Reichsregierung. Die deutsche Volkspartei hat den Boden unter den Füßen verloren zu haben. Es ist schließlich kein Problem der Führung Deutschlands durch den preussischen Staat, der in allen Fragen und Ecken fruchtlos und angestrichelt die Kraft verloren hat, die Rolle auszuüben, die ihm, wenn auch in vermindertem Umfang, auch in der Weimarer Republik zugebilligt ist. Daraus ergibt sich, daß die Reichsregierung aus zwei Wegen gefunden kann: Entweder es tritt ein allgemeines Referendum des preussischen Staates ein. Sollte das nicht mehr möglich sein, dann ist eine Neuorganisation der deutschen Verhältnisse auf der realen Grundlage, die eben durch den Zusammenbruch des preussischen Staats geschaffen worden ist, eine unabwendbare Notwendigkeit.“ Diese Forderungen der bayerischen Volkspartei zur gegenwärtigen politischen Lage des Reiches lassen sich in dem Satz zusammenfassen: Rückkehr zum Föderalismus unter bayerischer Führung.

Der demokratische Führer Erlesing für einen rheinischen Bundesstaat.

Wittenberg, 26. Nov. Auf dem außerordentlichen Vertreterversammlung der Deutschen demokratischen Partei in Wittenberg sprach Reichstagsabgeordneter Erlesing über die bevorstehende Entscheidung über die besetzten Gebiete. Nachdem Tirard einen Antrag aus Köln die Frage vorgelegt hätte, ob man nicht über die Bildung eines Rheinlandes im Rahmen des Deutschen Reiches verhandeln könne, hätten Verhandlungen stattgefunden, zu denen er persönlich teilgenommen habe. Er glaubt aber, in großen Fragen solle man den Rat der Parteien zu Rat ziehen, der von Tirard angenommen sei. „Es soll über die Frage beraten werden, die besetzten Gebiete im Rahmen eines Verwaltungskörpers zusammenzufassen, der die Spitze dieses Zweckverbandes tritt ein, zwei bis fünf Mitglieder. Dahinter steht zunächst ein Ausschuss, der zusammen als Berater des Direktoriums ist. Dieses Direktorium hat die Aufgabe, einerseits mit den Franzosen, andererseits mit dem Deutschen Reich alle Verhandlungen zu führen, die nötig sind, um wieder Ordnung zu schaffen. Voraussetzung dafür ist die Regelung der Finanzen. Der Zweckverband muß Finanzkraft haben, also seine eigenen Steuern haben. Als zweites Punkt muß er die Verwaltung ordnen. Die Verwaltung muß wieder von den ersten Kräften besetzt werden, die in der Hauptstadt ausgebildet worden sind. Aufgabe des Direktoriums wird deshalb sein, auf die Mächte der Ausgewiesenen hinzuwirken oder, wenn dies nicht möglich ist, auf die Reichsregierung der betreffenden Länder zu sein. Im übrigen hätte dieses Direktorium das Recht und die Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, die im Interesse des Reiches und der Länder für die Wiedereinrichtung der Souveränität des Reiches und der Länder für

die Zeit, in der hier der Zwangszustand herrscht, auf dieses Direktorium übertragen werden. Abgeordneter Erlesing verkennt durchaus nicht die Gefahren, die eine solche Regelung für die deutsche Einheit in sich birgt. Wenn unter dem herrschenden Druck, so fuhr er fort, die Bande zwischen Reich und Ländern gelöst werden müssen, so dürfen wir nicht Frankreich die Möglichkeit geben, die einzelnen westlichen, rheinischen, belgischen und niederländischen Teile um, gegeneinander auszuhebeln. Trotz eines gewissen Widerstandes, der vielleicht in Beschaffenheit am größten ist, muß man gemeinsam vorgehen. Das Entscheidende ist, daß wir vor der Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers im besetzten Gebiet stehen. Wenn auch an ein Auscheiden von Preußen oder dem Reich nicht gedacht, sondern eine reine Zusammenfassung aus Zweckmäßigkeitsgründen denkbar ist, so erhält doch diese Situation eine politische ganz außerordentliche Bedeutung. Trotz des Zweckverbandes ist die politische Gefahr immer noch sehr groß. Wir haben uns meines Erachtens und wohl mit Recht immer gekränkt, gegen die Möglichkeit einer Abtrennung von Preußen, solange die Besetzung besteht. Es wird den Franzosen nicht schwer fallen, in diesem Gebiete ihren Einfluß geltend zu machen, aber die Dinge sind so, daß wir zwischen dieser Möglichkeit zu wählen haben, oder daß die Völker gegeneinander loskönnen, ohne sich gegenseitig auszusprechen. Um die Bevölkerung vor dem Allerschlimmsten zu bewahren, muß der erste Weg beschritten werden. Ich werde deshalb vorschlagen, daß wir uns dahingehend erklären, daß wir unter dem Joch der Umstände und vor der Gefahr des Zerbrüchens und der Verleumdung und mit diesem Schritt einverstanden erklären in dem Bewußtsein, daß die deutsche Bevölkerung am Rhein deutsch ist und bleiben wird, auch wenn die Form des Staates wechselt.“

Autonomie-Bestrebungen im Rheinland.

Über die Lage im Rheinland erfährt man von unterrichteter Seite: In der Stadtverordnetenversammlung in Trier stellte der stellvertretende Bürgermeister, Rechtsanwalt Stöck, die Vertrauensfrage, welche bejaht wurde. Unmittelbar darauf hielt er eine programmatische Rede, in welcher er die Reichsregierung beschuldigte, die Separatisten in wohlwollender Weise behandelte und die Franzosen lobte. Er sagte weiter, das Rheinland müsse auf sich selbst gestellt werden. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte nach seiner Rede, sie könne ihm das Vertrauen nicht entziehen.

Wie aus Koblenz gemeldet wird, sollen auch in anderen Städten die Vertreter in ähnlichem Sinne vorgehen. In Koblenz legte am Freitag der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Wolbenhauer seine Bläne, welche auf die Bildung eines Direktoriums für das Rheinland hinarbeiten, der internationalen Rheinlandkommission vor. Die Bläne fanden insofern nicht die Zustimmung der Kommission. Wolbenhauer hatte lediglich Vorschläge für die Bläne vorgelesen, während die Rheinlandkommission darin auch Wirtschaftsvertreter zu sehen wünschte. Zugewiesene haben sich gestern, Montag, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten und die Bezirksvorsitzenden der Parteien und Gewerkschaften des besetzten Gebietes mit der Rheinlandfrage im Anschluß an ein Meeting des Abgeordneten Weierfeld beschäftigt. Gegen eine Beteiligung an dem Direktorium wurden, wie der „Vorwärts“ berichtet, allgemeine Bedenken erhoben. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, welcher die Beteiligung an dem Ausschuss von der Befugnis abhängig macht, die im allgemeinen dem geplanten Direktorium gewährt werden soll.

Die aufgelöste Verkehrsfrage im Ruhrgebiet.

Essen, 27. Nov. Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird berichtet: Wenn auch durch den Abbruch des Mantelvertrages zwischen den Ruhrindustriellen und der Ingenieurmission eine Veränderung der Lage angebahnt ist, so besteht doch zu einer optimistischen Auffassung vorläufig noch kein Anlaß. Die weitere Entwicklung der Verhältnisse wird zeigen, ob das Mantelabkommen und die noch abzuschließenden Verträge für die Industrie tragbar sind. Selbst wenn die noch ausstehenden Sonderverträge mit den einzelnen Werken in den nächsten Tagen abgeschlossen werden, ist noch nicht mit einer erheblichen Steigerung der Produktion zu rechnen. Eine starke Zunahme der Produktion ist schon deshalb unumgänglich zu erwarten, weil namentlich nach Aufnahme der Kohlenförderung das noch völlig ungelöste Verkehrsproblem im Vordergrund steht. So wird die Tätigkeit des früheren deutschen Vorkommissars von den Franzosen ausgeübt, die die belgischen Schwierigkeiten nicht berücksichtigen können und die die Regelung des Fuhr- und Abfuhrverkehrs der Waggonen lediglich als eine mathematische Angelegenheit betrachten. Die Folge davon ist, daß noch den jetzigen Berechnungen die normale Umlauffähigkeit eines Waggons heute 14 Tage beträgt, gegen 7 bis 8 Tage vor dem Ruhereinbruch. Die deutschen Beamten, die früher den Durchfuhrverkehr von allein 20 000 Waggons für die Kohlen (ohne die Waggons für den übrigen Güterverkehr) regeln mußten, gelten als die besten Kenner des Ruhrgebietes. Die Regie hat aber auf die Wiedereinrichtung dieser Beamten verzichtet und es sind, soweit sich bisher übersehen läßt, im ganzen überhaup nur rund 30 Prozent des früher tätigen Eisenbahnpersonals wieder eingestellt. Dazu kommt, daß der innere Betrieb bei der Bahn noch in keiner Weise funktioniert. Die Dienstleistungen der deutschen und der französischen Eisenbahnen und der Verloren, die sich während des passiven Widerstandes der Regie zur Verfügung gestellt haben, ist durchaus mangelhaft. Dasselbe gilt von den Lohnzahlungen. Eine große Erregung ist bei den deutschen Eisenbahnern dadurch entstanden, daß die Angebote des von der Regie angebotenen Statuts über die sozialen Leistungen verweigert worden ist. Wie groß die existenziellen Schwierigkeiten sein werden, haben in diesen Tagen die Verhältnisse bei der Übernahme der Nordstrecken in den Regiebetrieb gezeigt. Der Verkehr auf diesen Strecken ist nahezu stillgelegt, so daß sich bereits erhebliche Schwierigkeiten, insbe-

sondere in der Kartoffel- und Milchversorgung, bemerkbar gemacht haben. Wenn weiter die Ein- und Ausfuhrbestimmungen in der bisherigen Weise gehandhabt werden, wird bei einem Anschwellen des Verkehrs die Verstopfung der Strecken, besonders auf den für die Volkswirtschaft völlig unzureichenden Bahnhöfen, nicht ausbleiben können.

Zur Kabinettbildung.

Alles in allem hat man den Eindruck, daß die Mission Wibelts zum Scheitern bestimmt ist, wenn sie nicht schon gescheitert ist, und daß die Kombination mit Herrn Jarres an der Spitze, die man, wenn man will, ja auch den bürgerlichen Block heißen kann, vorläufig mancherlei Aussichten hat. Der „Vorwärts“ fühlt sich veranlaßt, in solchem Zusammenhang ein, wie es heißt, „aufrichtiges Wort“ zu sagen: Er vermahnt sich dagegen, daß die sozialdemokratische Fraktion aus dem Reichspräsidenten Einfluß in dem Sinne über, daß eine Rechtsregierung unter allen Umständen verhindert würde. Nichts ist falscher als das. Sollten die Parteien es für gut halten, für den Rest der Wahlperiode unter die Ägide der Deutschnationalen zu schließen, so wird ihnen das kein Sozialdemokrat verwehren können. Allerdings tragen sie dann auch für das, was daraus wird, mit den Deutschnationalen zusammen die Verantwortung vor den Wählern. Dasselbe Blatt schreibt dann, daß die Angriffe der rechtsstehenden Presse gegen Herrn Ebert, weil er ausgerechnet Herrn Jarres nicht mit der Kabinettbildung beauftragt hätte, ungerichtet seien. So viel uns bekannt ist, hätte eine Kammerkassette Jarres keine Aussicht gehabt, da die Mittelparteien sie abgelehnt hätten und seine Mehrheit sich für ihn gefunden hätte. Der „Vorwärts“ meint, daß es nicht Sache des Reichspräsidenten sei, einen Mann, der einen Staatsstreik verübt, auch noch in den Sattel zu heben. Auch von der Kammerkassette Jarres meint der „Vorwärts“, daß sich keine Mehrheit finden würde, solange nicht auch die Demokraten hinzutreten.

Die Geltungsbauer des Währungsabtrags.

Nach einer Verordnung, die sich im Reichsgesetzblatt findet, ist die Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit am 17. November d. J. außer Kraft getreten. Nun findet sich aber in den Reichsdrucksachen unter Nr. 292 der Wortlaut der gleichen Verordnung wie im Reichsgesetzblatt, nur daß die Geltungsbauer dort mit dem 30. November 1923 begrenzt wird. Danach ergibt sich jedenfalls, daß tatsächlich ausnahmsweise zwei Termine veröffentlicht worden sind. Die juristische Frage, welcher Veröffentlichung denn nun Gesetzeskraft zukommt, wird man sich heute wohl schenken können und der Ordnung halber einfach den späteren Termin als den gültigen ansehen. Demnach hätten wir also in Deutschland noch bis zum 30. November „gesetzlichen Arbeitsabtrag“.

Ausland.

Wer glaubt noch an die Internationale?

Wie dieser Tage gemeldet wurde, hatte das Büro der sozialistischen Internationale einen Aufruf an die französischen Arbeiter gerichtet, jede französische Arbeiterfamilie möge ein deutsches Arbeiterkind auf Wachen aufnehmen. Und der Erfolg? Zwei französische Arbeiter brachten es über Ozean, ihre Bereitwilligkeit zur Aufnahme deutscher Kinder zu erklären. — Ferner: die „Internationale Arbeiterschaft“, die seinerzeit die Hilfe für das hungernde Russland durchgeführt hatte, hielt in Prag eine Konferenz ab, die aus allen Ländern besucht war, um das notleidende deutsche Proletariat zu unterstützen. Und der Erfolg auch hier? Die tschechische Sozialdemokratie schloß sich ausdrücklich dem dem Zweck für die deutsche Arbeiterhilfe an.

Im Zeitalter der Abrechnung.

In der Nähe von St. Nazaire haben Schiffsversuche mit einem 12-Tonnen-Geschütz begonnen, das im Jahre 1918 mit 900 Pfund Gewicht 65 Meilen weit zu verschießen. Der Bau dieses Geschützes geht noch in die Zeit des Krieges zurück. Er wurde in Angriff genommen, als damals auf deutscher Seite Paris unter dem Feuer weittragender deutscher Geschütze stand. Die Beschließung von Paris erfolgte auf eine Entfernung von 75 Meilen. Das neue französische Geschütz hat also die Reichweite des damaligen deutschen Geschützes nicht erzielt. Wie bei dieser Gelegenheit in französischen Blättern angegeben wird, fand damals während der Beschießung von Paris, die im März 1918 begann und 41 Tage dauerte, über 300 Geschütze in die französische Hauptstadt getroffen und es sind dadurch 256 Personen getötet und 630 verwundet worden. Auch England verlor damals an die Konstruktion eines weittragenden Geschützes, stellte sie aber sofort ein, als der Waffenstillstand geschlossen wurde.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 28. Nov. Der Kreisrat werden am 29. November von 9-12 und von 3-6 Uhr am Rentenschalter abgehandelt.

Neuenbürg, 26. Nov. Die auf Samstag, den 21. d. Mts., im Anschluß an die Lehrerversammlung einberufene P r o t e s t v e r s a m m l u n g gegen die Art der Auszahlung der Beamtengehälter durch das Staatsrentamt Hirsau führte zu einer lebhaften Aussprache. Es wurde zwar anerkannt, daß die Staatsrentämter im allgemeinen unter den heutigen Verhältnissen nur schwer ihren Verpflichtungen nachkommen können, daß aber das Staatsrentamt Hirsau in besonderer Weise mit der Auszahlung so sehr im Rückstand ist, daß es nicht mehr mit den Verhältnissen allen entschuldigt werden kann. Von den zahlreichen Einsprechern, die zur Sprache kamen, ist der empfindlichste wohl der, daß bei einer Lehrerversammlung zwischen dem Tag der Ausweisung ihres Gehaltes und dem der Auszahlung mehrere Monate lang durchschnittlich eine Zeitspanne von 14 Tagen bis 3 Wochen lag, wodurch die Unterstützung, auf die sie angewiesen war, wertlos

anzwänglicher Souveränität zu wohnern vorzutreten, daß wissen seien. Die Franzosen aber in den Reichsrat. Die Rolle Großbritanniens bei den Verhandlungen werden die Rheinlandskommission, in der zwar für ein Gebot, von rationen zu erhalten und britischer Truppen Hebe. Die direkt übertriften werden, wenn sie werden sollen. Eine solche eine Lage bringen, daß Frankreich distinkt werden kann.

er in Arudach und außen!
nt die Agentur
o König,
r Gustav Colmer.
ollen die Bestellung nicht
ndern bei den obengenannten
„Enztäler“ bestellen. Die
stellung wird Sorge getragen.
„Der Enztäler“.

haus Hertz
im, Oestliche 23.
Angebot! Achtung!
leder-Stiefel
t 10.— an,
nd Kinder-Stiefel
um feinsten Schuh.

andbezieher!
zeitung gegen Nationalen.
retretenen Wünschen ent-
beret, für den Bezugs-
gegenzunehmen und zwar:
fel, Roggen, Haber,
erer Bezieher, welche zu
1. Dezember übergeben
tigung unter Angabe
tel sie an Zahlungsstelle
wünschen.
er sind zu liefern:
Beigen oder
nufel
gggen
ber
nter.
Nachforderung aufgelöst.
Der Enztäler“.

An die drei lebensfrohen
Mädchen von Neuenbürg!
Könnt ihr einen
Strumpf finden?
Einer, der nicht bereit
fallen möchte.

Elektr. Sägezähne
Metallbohrmaschinen
Schweißmaschinen,
110 und 220 Volt
elektr. Koch- u. Heiz-
apparate, Holz-
säge, Staub-
sauger, alle Systeme, Leisten-
lampen u. Materialien
empf. Chr. J. Hartmann, Postfach
Wittenberg, 8, Tel. 1950

Gesucht auf 15. Dezember
ein ehrliches, fleißiges, un-
lässiges

Mädchen
für Küche und Hausarbeiten,
welches auch wickeln kann
(Singen), wertbefähigter Lohn.
Angebote an
Geschw. Rübner,
Gasthof zum „Fisch“,
Wittenberg i. Baden.

Wer
etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle sucht,
eine Stelle zu vergeben hat,
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht,
inferiert am erfolgreichsten
blühenden in
„Enztäler“.

wurde. Es wurde an die verspätete Auszahlung der am 1. September, sowie auf 1. November fälligen Gehälter erinnert, so daß im ersten Fall das Geld fast vollkommen entweicht, im zweiten es nur noch den letzten Teil des eigentlichen Wertes ausmachte. Dabei konnte im zweiten Fall festgestellt werden, daß die Staatsrentämter schon am 2. Oktober wußten, wieviel die Beamten auf 1. November zu erhalten hätten. Trotzdem trafen die Zahlungen erst am 6. November in Reuenbürg ein; also nach einem Zeitraum von 10 Tagen. Die Goldmark war vom 1. bis 6. November von 17 auf 100 Milliarden gestiegen. Der Beamte hatte also dadurch, daß er seinen Gehalt nicht vor schriftsmäßig erhielt, mit der vorchriftsmäßig im voraus abgezogenen Steuer 65,4 Prozent seines wirklichen Einkommens bezahlt. So wurde an einem sorgfältig durchgerechneten Beispiel gezeigt, daß ein Beamter in einem Zeitraum von nicht ganz 4 Wochen außer der Steuer, die meist weit über 10 Prozent seines wirklichen Einkommens betrug, noch einen Verlust von 80 bis 100 Goldmark, das war etwa die Hälfte seines Gehalts, zu leiden hatte. Im Oktober war für denselben Beamten die Einnahme einer Woche (15. bis 23. Oktober) dadurch, daß das Geld in Dirschau liegen blieb, statt daß es am Zahlungstag in seine Hände gekommen wäre, 1 Goldmark, für einen anderen im selben Zeitraum sogar nur 70 Goldpfennig! Während damit der Gehalt des Beamten auf ungefähr ein Hundertstel seines Friedenseinkommens zusammengeschrumpft war, mußte er erleben, wie in denselben Zeitraum die Geschäftswelt die Goldgrundrente auf das 2-fache der Friedensrente erhöhte. Das sogenannte Papiermarkkrisis des Kaufmanns existiert für ihn nicht. Wenn angesichts solcher Verhältnisse gegen die verspätete Auszahlung der Gehälter durch das Staatsrentamt Dirschau jetzt endlich von der Behörde der Oberamtsbezirks Reuenbürg protestiert wird, so zeigt sie damit nur, welche Sammelgeduld sie bisher geübt hat. In Stuttgart z. B. haben die Beamten schon wegen einjähriger Verspätung Brotverleumdungen abgehalten. In der Aussprache wurde vor allem auch gegen die Auffassung des Staatsrentamts Dirschau, als sei der für die Zahlung der Gehälter festgesetzte Termin der Tag, an dem nur die Buchung der Gehälter zu erfolgen habe, nicht aber der Zahlungstag, energisch protestiert. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei gutem Willen wie bei anderen Staatsrentämtern auch in Dirschau eine frühere Auszahlung möglich wäre. Es wurde allgemein gerügt, daß von Dirschau die verschiedenen Vorschläge, die zur Verbesserung der Verhältnisse von verschiedenen Seiten schon gemacht wurden, mit Widerwillen entgegengenommen und fast durchweg abgelehnt wurden und die Geschäftsführung auf einem engberzig bürokratischen Standpunkt verharrt, ohne sich genügend den Zeitverhältnissen anzupassen. Auch dagegen wurde protestiert, daß das Staatsrentamt Dirschau Lehrer, die von weither gekommen waren, um ihr merkbildendes Geld abzuholen, ohne Rücksicht auf die Auslagen, die dadurch für sie entstanden waren, nach stundenlangem Warten ohne Geld wieder abgehen ließ, obgleich die Möglichkeit bestand, es ihnen einzuabhandeln. In der Frage der wechselfähigen Gehaltszahlung wurde die Forderung erhoben, daß die Reichsregierung jetzt endlich mit der Auszahlung dieses Geldes auch bei den Lehrern Ernst mache. Die Versammlung gab ihrem Unwillen darüber Ausdruck, wie es möglich war, daß schon vor Wochen Goldanleihebriefe auf der Börse in Berlin dem freien Handel übergeben wurden zu einem Zeitpunkt, wo sie außerst billig zu haben waren und in die Hände von Leuten gerieten, die keine Spur von Staatsgewinnung aufzubringen vermögen, wogegen die Gläubiger des Staates, die ihre Dollars für diese Anleihe oder die als Beamte ihre Arbeit dem Staate zur Verfügung gestellt haben, bis heute noch ohne Goldanleihe bzw. wertbeständiges Geld sind. Schließlich wurde beschlossen, in verschiedenen Eingaben an die Behörden, den Landtag, sowie die Spitzen der Beamtenverbände auf die Verbesserung der Gehaltsauszahlung durch Dirschau im besonderen, im allgemeinen aber auf die schnellste Wiedereinführung der monatlichen Vorauszahlung, die allein vor dem Verbrennen zu schätzen imstande war, sowie auf wertbeständiges Geld zu dringen. Endlich wurde energisch gefordert, daß einmal Schluß gemacht wird mit den die Öffentlichkeit phantastisch irreführenden Mitteilungen in der Presse, die während von Vorkrächen der Beamten zu berichten wissen, obgleich solche, bis sie endlich Wirklichkeit werden, längst keine mehr sind. Verne wurde das bereitwillige Entgegenkommen der Oberamtsparafasse sowie des Hofamts Reuenbürg in der Auszahlungsbirge zur Kenntnis genommen.

Wienfeld, 20. Nov. Der gestrige Totensonntag war unseren gefallenen Kriegern geweiht. Sämtliche hiesige Vereine stellten sich mit Fahnen vor dem Rathause auf und marschierten unter Vorantritt der Feuerwehrlinien zur Kirche, das „Es geht bei gedämpfter Trommelklang“ und „Der gute Kamerad“ spielend. Der Gottesdienst wurde eingeleitet mit dem von der Feuerwehrlinien schon und prächtig vortragenen Altkirchlichen Dankgebet: „Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten“. Nach dem Gemeindegesang betrat der Geistliche den Altar und hielt eine wohlbedachte, ernste Ansprache an die zahlreich erschienenen Gemeindeglieder. Wie die Ansprache, so kam auch die nun folgende Predigt von Herzen und ging zu Herzen. Predigt und Ansprache waren umrahmt von passenden Trauerchören des Kirchenchores und Sängerbundes. Es war wirklich ein erhabender Gottesdienst und es wird wohl kein Besucher das Gotteshaus verlassen haben, ohne als Gewinn ein gutes Samenörlein in sein Herz aufgenommen und mit nach Hause gebracht zu haben.

An unsere Postbezieher!



Nach einer neuesten Verfügung des Reichspostministeriums können Bestellungen bei der Post für den Monat Dezember nur bis zum 1. Dezember angenommen werden. Wegen der unständlichen Verrechnung durch den Uebergang von Papiermark auf Goldmarkrechnung werden Bestellungen nach dem 1. Dezember von den Postanstalten zurückgewiesen.

Wer daher sicher auf die Lieferung des „Enztäler“ für Dezember rechnet,

dem raten wir dringend,

das Abonnement vor dem 1. Dezember zu erneuern und etwaige Neubestellungen vor diesem Zeitpunkt bei den Postanstalten, Briefträgern unersüßlich anzubringen.

Da der Bezugspreis nach Goldmark berechnet wird, empfiehlt sich schon aus diesem Grunde rascheste Bestellung.

Verlag „Der Enztäler“.

Württemberg.

Stuttgart, 27. Nov. (Zahlungen auf das württ. Notgeld.) Um einen zu großen Andrang an den Schaltern der Reichsbankhauptstelle zu vermeiden, empfiehlt es sich, daß die Firmen, die wertbeständiges württ. Notgeld zeichnen wollen, die Zahlung nicht in bar bei der Reichsbankhauptstelle leisten, sondern entweder überweisen oder sich von ihrer Bank einen Scheck auf die Reichsbank geben lassen.

Stuttgart, 27. Nov. (Weitere Spenden für die Opfer des Eisenbahnunglücks.) Für die Opfer des Cannstatter Eisenbahnunglücks ist weiter eingegangen aus einer Sammlung des Bahnhofs wirts Bäcker bei einem Konzert im Larmrestaurant: 135 Billionen M., 16 1/2 Goldmark, 5 Schweizerfranken und 2 Dollar.

Waldenstadt, 27. Nov. (Töblicher Unglücksfall.) Der 32 Jahre alte Oberweihenwarter Joh. Luz war bei der Abfertigung eines Güterzugs mit Nachziehen der Kuppelungen beschäftigt. Er stieg von der stillstehenden Maschine ab, stürzte rücklings auf das Trittbrett und zog sich damit innere Verletzungen zu, daß er sofort das Bewußtsein verlor. In seiner Wohnung verschied er bald. Er hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Tübingen, 27. Nov. (Der Schubdiebstahl vor Gericht.) Der 33 Jahre alte, ledige Gelegenheitsarbeiter Ulrich Haas von Reulingen, der seit dem 16. Lebensjahr schon 17 teils

sehr schwere Strafen, namentlich wegen Eigentumsverbrechen, erhalten hat, ist vom Schöffengericht wegen des Raubdiebstahls im Schulden von Paul Fuchs ausgeführten Diebstahls von 40 Paar Schuhen und 5 Paar Gamaschen im Gesamtwert von etwa 560 Goldmark zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Osterdingen O.A. Rottenburg, 27. Nov. (Wilderei.) Förster Dötting und Kaufmann Schmid haben den 23 Jahre alten Haha von Mößingen, den 20 Jahre alten Rein von Mößingen und den 17 Jahre alten Kautz von Bellen in Beuendach beim Wildern ertappt und festgenommen. Haha und Kautz wurden die Gewehre abgenommen.

Rottweil, 27. Nov. (Zur Stadtschultheißenwahl.) Als Bewerber um die hiesige Stadtschultheißenstelle haben sich gemeldet: Rechtsanwalt Fritz Hirzel von Rottweil, jurist. in Tübingen, Obersteuerinspektor Dietz beim Finanzamt Stuttgart Stadt, früher beim Finanzamt Rottweil, Otto Sautermeister, Rechtsanwalt in Rottweil, Dr. phil. Josef Weber, Nationalökonom in Rottweil, zur Zeit in Frankfurt a. M. und Stadtschultheißen Eugen Ritter in Schramberg.

Schweningen O.A. Leutkirch, 27. Nov. (Angelegener Dieb.) In der Wirtschaft zum Schloßteich stahl ein Dieb eine Korbflasche mit 10 Liter Schnaps und ein größeres Quantum Ellen, nachdem er in den Keller eingebrochen war. Alle Angelegenheiten darauf schließen, daß er und seine vermutlichen Helfershelfer wieder kommen würden. Der Inhaber der Wirtschaft mit Namen Schwarz pochte auf und sah nach Rittener zwei Personen an das Haus heranschleichen. Er hielt einen der Männer und gab ihm nach kurzem Wortwechsel eine Ohrfeige, die ihn umwarf. Schwarz wurde darauf mit dem Messer bedroht und kändigte deshalb an, er wolle schießen. Bei einer Wiederholung des Angriffs zog er die Pistole und schoß einen der Angreifer, den 32 J. a., ledigen und beschäftigungslosen Jakob Jauch, nieder. Der zweite Einbrecher entfloh. Der Angeschossene wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus geschafft.

Niederhofen O.A. Leutkirch, 27. Nov. (Beschäft.) Am Samstag war der in den 60er Jahren stehende, ledige Dominikus Dorn mit Ausbesserungsarbeiten in dem 13 Meter tiefen Brunnen schacht beschäftigt, als plötzlich die Seitenwände einrückten und Dorn im Brunnen schacht verschüttet. Zu sofort angestellten Rettungsversuche waren umso schwieriger, als fortwährend Erdmassen nachrutschten, so daß man den Brunnen schacht einschalen mußte. Am Sonntag morgen waren die Grabarbeiten so weit vorangeschritten, daß die Beistliche sich mit dem Verschütteten verständigen konnte. Von nachmittags 1 Uhr ab hat der Verschüttete kein Zeichen mehr gegeben. Er konnte am Sonntag abend geborgen werden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Baden.

Ein furchtbarer Doppelmord. Neustadt i. Schw. Wie jetzt erst bekannt wird, sind in Landwirtschafsbetriebe Wilhelm Köpfer in Saig bei Reuland in Schw. am 3. November d. J. von dem Wärlingen ledigen Dolmetscher Karl Friedrich Hundertbrand ermordet und im Leiden im Brandweber ertränkt worden. Bei den Exzelen die seit 2. November vermisst wurden, war vor einigen Jahren ein angeblicher Verwandter, der sich Hundertbrand nannte, erschienen, der mit seiner angeblichen Braut das Anwesen verwaltete. Nachdem nun bei mehreren Wachen über den Verbleib der Eheleute Köpfer (genannt Hochtinkköpfer) nichts zu sehen und zu erfahren war, ließ die Staatsanwaltschaft eine genaue Durchsuchung des gesamten Anwesens und seiner Umgebung vornehmen und auch das Wasser eines bei dem Hause befindlichen Weibers ablassen. Da fand man nun der Leber der beiden in den 50er Jahren lebenden Eheleute und die Leber ihres Hundes. Die Eheleute Köpfer, die kinderlos und in großer Verbarmitteln lebten, sind der Mörder des fremden Kindes zum Opfer gefallen. Hundertbrand ist nach Aufdeckung der Sache anzubringen und eine Klage zu führen, deren streuliche Beilegung wir nach alter Weise gemeinsam betreiben wollen. Ihr wißt, wie unser Mann, der Chäpper Hediger, vier Stück hübsch muntere Buben in die Welt gesetzt hat, welche mit ihrer frühen Heiratslust die Gegend unsicher machen! Drei haben denn auch richtig schon Weib und Kind, obgleich der älteste noch nicht freimundswarzig Jahre zählt. Nun ist noch der jüngste da, eben zwanzigjährig, und was tut der? Er stellt meiner einzigen Tochter nach und verdröht ihr den Kopf! So sind diese besessenen Heiratslustel allbereits in den Kreis der engeren Freundschaft eingedrungen und drohen, dieselbe zu trüben! Abgesehen von der zu großen Jugend der Kinder gestehe ich hier mit Offenheit, daß eine solche Heirat gegen meine Wünsche und Absichten geht. Ich habe ein umfangreiches Geschäft und es verdrängliche Vermögen; darum suche ich mir, wenn es Zeit ist, einen Tochtermann, welcher Geschäftsmann ist, ein entsprechendes Kapital hinzubringt und die großen Banten, welche ich im Sinne habe, fortführt; denn ihr wißt, daß ich weiltäufige Baupläge angekauft habe und der Ueberzeugung bin, daß sich Jülich bedeutend vergrößern wird. Mein Sohn aber, guter Chäpper, ist ein Regierungsschreiber und hat nichts als das spärliche Einkommen, und wenn er auch höher steigt, so wird dies nie viel größer werden, und seine Rechnung ist ein für allemal gemacht. Mag er dabei bleiben, er ist versorgt, wenn er gut haushält; aber eine reiche Frau braucht er nicht, ein reicher Beamter ist unsinnig, der einem andern das Brot vor dem Maul wegnimmt; zum Faulenzen aber oder zum Prödeln eines Unersahrenen gebe ich mein Geld außerdem nicht her! Dazu kommt noch, daß es gegen mein Gefühl geht, das alte bewährte Freundschaftsverhältnis mit Chäpper in ein Verwandtschaftsverhältnis umzuwandeln! Was? wir sollen uns mit Familienverdröhtlichkeiten und gegenseitiger Köpfigkeit beladen? Nein, ihr Mannen, bleiben mir bis zum Tode innig verbunden, aber unabhängig von einander, frei und unverantwortlich in unseren Handlungen, und nichts da von Schwärmer und Gegenschwärmer und dergleichen Meinen! So fordere ich dich denn auf, Chäpper, im Schöße der Freundschaft zu erklären, daß du mich in meinem Wunsch unterstützen und dem Beginn meines Sohns entgegenzutreten willst! Und nichts für ungal, wir kennen uns alle!

(Fortsetzung folgt)

Das Fährlein der sieben Aufrechten

Erzählung von Gottfried Keller 16

Die fünf Gewinnlustigen, welche beschämt die Köpfe hatten hängen lassen, riefen jetzt einmütig: „Gut gesprochen! Der Chäpper hat gut gesprochen!“ und sie forderten ihn auf, selbst einen Vorschlag zu tun. Aber Frymann ergriff das Wort und sagte: „In einer Ehrengabe scheint sich mir ein silberner Becher immer noch am besten zu eignen. Er behält seinen gleichen Wert, wird nicht verbraucht und bleibt ein schönes Erinnerungszeichen an frohe Tage und an wehrbare Männer des Hauses. Ein Haus, in welchem ein Becher aufbewahrt wird, kann nie ganz zerfallen, und wer vermag zu sagen, ob nicht um eines solchen Denkmals willen noch manches mit erhalten bleibt? Und wird nicht der Kunst Gelegenheit gegeben, durch stets neue und schöne Formen Mannigfaltigkeit in die Menge der Gefäße zu bringen und so sich in der Erfindung zu üben und einen Strahl der Schönheit in das entlegenste Tal zu tragen, so daß sich nach und nach ein mächtiger Schatz edler Ehrengeschenke im Vaterlande anhäuft, edel an Gehalt und im Metall! Und wie zu treffend, daß dieser Schatz, über das ganze Land verbreitet, nicht zum gemeinen Riefbrauch des täglichen Lebens verwendet werden kann, sondern in seinem reinen Glanze, in seinen glänzeren Formen fort und fort das Höhere vor Augen stellt, den Gedanken des Ganzen und die Sonne der Welt verlebten Tage festzuhalten scheint! Fort daher mit dem Jährmarktströdel, der sich in unsern Gabentempeln anzuhäufen beginnt, ein Raub der Motten und des gemeinsten Gebrauchs! Und festgehalten am alten ehrbaren Trinkschäl! Wahrhaftig, wenn ich in der Welt lebte, wo die schweizerischen Dinge einst ihrem Ende nahen, so wähle ich mir kein erhabenderes Schutzstätt auszubedenken, als die Gespiere aller Körperschaften, Vereine und Einzelbürger, von aller Gestalt und Art, zu Tausenden und Abertausenden zusammenzutragen in all ihrem Glanz der verschwundenen Tage, mit all ihrer Erinnerung, und den letzten Trank zu tun dem sich neigenden Vaterland —“

„Schweig! du großer Gaff! Was sind das für nichtswürdige Gedanken!“ riefen die Aufrechten und Festen und schüttelten sich ordentlich. Aber Frymann fuhr fort: „Wie es dem Manne geziemt, in kräftiger Lebensmitte zuweilen an den Tod zu denken, so mag er auch in beschaulicher Stunde das sichere Ende seines Vaterlandes ins Auge fassen, damit er die Gegenwart bestehen umso inbrünstiger liebe; denn alles ist vergänglich und dem Wechsel unterworfen auf dieser Erde. Oder sind nicht viel größere Nationen untergegangen, als wir sind? Oder mocht ihr einst ein Dasein dahinschleppen wie der ewige Jude, der nicht sterben kann, dienstbar allen neu aufgeschossenen Völkern, er, der die Ägypter, die Griechen und die Römer begraben hat? Nein! ein Volk, welches weiß, daß es einst nicht mehr sein wird, nützt seine Tage umso lebendiger, lebt umso länger und hinterläßt ein rühmliches Gedächtnis; denn es wird sich keine Ruhe gönnen, bis es die Fähigkeiten, die in ihm liegen, ans Licht und zur Geltung gebracht hat, gleich einem rastlosen Manne, der sein Haus bestell, ehe denn er dahin scheidet. Dies ist nach meiner Meinung die Hauptsache. Ist die Aufgabe eines Volkes gelöst, so kommt es auf einige Tage längerer oder kürzerer Dauer nicht mehr an, neue Erscheinungen harren schon an der Pforte ihrer Zeit! So muß ich denn gestehen, daß ich alljährlich einmal in schlafloser Nacht oder auf stillen Wegen solchen Gedanken anheimfalle und mir vorzustellen suche, welches Völkchen einst nach uns in diesen Bergen walten möge? Und jedesmal gehe ich mit umso größerer Hast an meine Arbeit, wie wenn ich dadurch die Arbeit meines Volkes beschleunigen könnte, damit jenes künftige Völkchen mit Respekt über unsere Gräber gehe! Aber weg mit diesen Gedanken und zu unserer fröhlichen Soche zurück! Ich möchte w.a., wie bestellen bei unserm Meister Silberbeschmied einen neuen Becher, an dem er keinen Gewinn zu nehmen verpicht, sondern ihn so wertvoll als möglich liefert. Daz: lassen wir von einem Künstler eine gute Zeichnung entwerfen, welche vom gedanktlosen Schändlichen abweicht; doch soll er wegen der beschränkten Mittel mehr auf die Verhältnisse, auf einen schönen Kirch und Schwung des Ganzen sehen als auf reichen Bierat, und der Meister Kufer wird danach eine saubere und solide Arbeit herstellen!“

Dieser Vorschlag wurde angenommen und die Verhandlungen geschlossen. Sogleich aber nahm Frymann von neuem die Rede und trug vor: „Nachdem wir nun das Allgemeine erledigt, werde Freunde! so erlaubt mir, noch eine besondere

Sache anzubringen und eine Klage zu führen, deren streuliche Beilegung wir nach alter Weise gemeinsam betreiben wollen. Ihr wißt, wie unser Mann, der Chäpper Hediger, vier Stück hübsch muntere Buben in die Welt gesetzt hat, welche mit ihrer frühen Heiratslust die Gegend unsicher machen! Drei haben denn auch richtig schon Weib und Kind, obgleich der älteste noch nicht freimundswarzig Jahre zählt. Nun ist noch der jüngste da, eben zwanzigjährig, und was tut der? Er stellt meiner einzigen Tochter nach und verdröht ihr den Kopf! So sind diese besessenen Heiratslustel allbereits in den Kreis der engeren Freundschaft eingedrungen und drohen, dieselbe zu trüben! Abgesehen von der zu großen Jugend der Kinder gestehe ich hier mit Offenheit, daß eine solche Heirat gegen meine Wünsche und Absichten geht. Ich habe ein umfangreiches Geschäft und es verdrängliche Vermögen; darum suche ich mir, wenn es Zeit ist, einen Tochtermann, welcher Geschäftsmann ist, ein entsprechendes Kapital hinzubringt und die großen Banten, welche ich im Sinne habe, fortführt; denn ihr wißt, daß ich weiltäufige Baupläge angekauft habe und der Ueberzeugung bin, daß sich Jülich bedeutend vergrößern wird. Mein Sohn aber, guter Chäpper, ist ein Regierungsschreiber und hat nichts als das spärliche Einkommen, und wenn er auch höher steigt, so wird dies nie viel größer werden, und seine Rechnung ist ein für allemal gemacht. Mag er dabei bleiben, er ist versorgt, wenn er gut haushält; aber eine reiche Frau braucht er nicht, ein reicher Beamter ist unsinnig, der einem andern das Brot vor dem Maul wegnimmt; zum Faulenzen aber oder zum Prödeln eines Unersahrenen gebe ich mein Geld außerdem nicht her! Dazu kommt noch, daß es gegen mein Gefühl geht, das alte bewährte Freundschaftsverhältnis mit Chäpper in ein Verwandtschaftsverhältnis umzuwandeln! Was? wir sollen uns mit Familienverdröhtlichkeiten und gegenseitiger Köpfigkeit beladen? Nein, ihr Mannen, bleiben mir bis zum Tode innig verbunden, aber unabhängig von einander, frei und unverantwortlich in unseren Handlungen, und nichts da von Schwärmer und Gegenschwärmer und dergleichen Meinen! So fordere ich dich denn auf, Chäpper, im Schöße der Freundschaft zu erklären, daß du mich in meinem Wunsch unterstützen und dem Beginn meines Sohns entgegenzutreten willst! Und nichts für ungal, wir kennen uns alle!“

(Fortsetzung folgt)



Willen des kommunistischen Direktoriums zu Demonstrationen gekommen, die teilweise einen bedrohlichen Charakter annahmen. Für die Aktion war eine sehr ausgedehnte Propaganda gemacht worden. Auffälligerweise hatte in den letzten Tagen von Berlin und Halle ein reger Verkehr kommunistischer Funktionäre eingeleitet, die hier, trotz dem Regierungsverbot, ziemlich unverhüllt sich ihrer Aufträge entledigten. Dabei verkehrten die Agenten besonders viel in dem Gebäude der Sonjergelandschaft unter den Linden. Es hat den Anschein, als ob von hier aus gewisse Bestrebungen zum wenigsten sehr wohlwollend beobachtet werden. Es ist auch ermittelt worden, daß der vor einiger Zeit viel genannte Militärattache der Sowjetregierung, Petrow, ein geborener Franzose, der auch mit Paris in Fühlung steht, eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Die Kommunisten verdrängen, innerhalb der Betriebe, in den Bahnhöfen für Erwerbslosenfürsorge und unter den Händen der Kriegbeschädigten Stimmung zu machen und die Massen auf die Straße zu bringen. Während an einzelnen Stellen schwache Schutzpolizeikräfte genügt, um die Ansammlungen zu zerstreuen, kam es im Lustgarten zu ernstlichen Zusammenstößen. Dort hatten sich etwa 1000 Personen, darunter sehr viele Frauen, eingefunden. In dem Augenblick, als die Redner zu sprechen anfangen wollten, erschien Polizei, um die Demonstration aufzulösen. Als einige Verhaftungen vorgenommen wurden, führte sich die Menge auf die wenigen Beamten, entwarf sie und verprügelte sie. Einer zweiten Polizeistreife, die eingriff, erging es nicht besser. Erst nach Einziehung mehrerer Dunderthaler gelang es, die Kommunisten vom Lustgarten abzurängen, die sich unter den Linden zu einem größeren von russischen Agenten geführten Zug informierten, der schließlich gegen sechshalb Uhr abends aufgelöst werden konnte. Die kommunistische Landtagsabgeordnete Frau Rosi Wolfstein ist, wie wir hören, unter den Linden verhaftet worden.

Hannover, 27. Nov. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten haben am 21. November abends zwischen 10 und 12 Uhr bewaffnete Kommunisten im Herrenhaus der Domäne Vohne im Kreise Burgdorf eine Durchsuchung vorgenommen, nachdem sie zuvor die Telefonleitungen zerschneiden hatten. Im Herrenhaus befand sich nur eine Säuglingspflegerin. Die Eindringlinge gaben an, im Auftrag der Polizei eine Durchsuchung vornehmen zu müssen. Sie waren mit Handgranaten und Pistolen bewaffnet und durchsuchten sämtliche Räume des Hauses. Da sie die Türschlösser nicht öffnen konnten, brachen sie diese auf. Als die von den Eindringlingen aufgestellten Posten nach Verlauf von etwa 2 Stunden merkten, daß der Besatzung bekannt wurde, entfernten sich die Eindringlinge in der Richtung auf Hannover. Dort gelang es, 10 Täter festzunehmen.

Berlin, 27. Nov. Bei den heutigen kommunistischen Unruhen im Lustgarten sind nach den bisherigen Meldungen 47 Personen, darunter die kommunistische Landtagsabgeordnete Rosi Wolfstein, dem Polizeipräsidenten zugeführt worden. Der Aufforderung der Bezirksleitung der kommunistischen Partei zu Teilnehmern folgten übrigens fast nur Erwerbslose. Die Teilnehmerzahl aus den Betrieben ist ganz gering.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt die kommunistischen Kursverschiebungen ab.

Der sozialdemokratische Parteianführer sah am Dienstag laut „Vorwärts“ nach Annahme einer Reihe Resolutionen über innere Parteiangelegenheiten folgende Entschlüsse: Die SPD. bereitet auf Befehl der Moskauer Zentrale den gewaltsamen Angriff auf die republikanische deutsche Verfassung vor. Die SPD. die den Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Verfassung durchzuführen wird, lehnt daher jede organisierte und politische Vereinbarung mit der KPD. ab.

Eberts unklare Haltung im Krisenpiel.

Berlin, 27. Nov. Der Reichspräsident soll, wie man sich in parlamentarischen Kreisen erzählt, über den Verlauf der Krise erbedlich verstimmt sein. In solcher Verstimmung hat er heute vormittag es auch abgelehnt, Dr. Jarres zu empfangen, nachdem ihm mitgeteilt worden war, daß das Zentrum die Kandidatur Jarres nicht akzeptieren würde. Die „Germania“, das Zentrumorgan, beschäftigt sich heute mit der Rolle, die der Reichspräsident Ebert in dieser Krise spielt hat. Auch sie ist der Ansicht, daß es Pflicht Eberts gewesen wäre, den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts in erster Linie an die Deutschnationalen zu geben. Hätte der Auftrag an Dr. Bergt nicht zum Ziele geführt, dann wäre die Schuld der Deutschnationalen vor aller Augen offenkundig gewesen, während sie sich jetzt darauf berufen, daß ihnen gar nicht die Möglichkeit geboten worden sei, an Stelle der alten Regierung eine neue zu setzen. Das Blatt bezeichnet es als bedauerlich, wenn auch nur

der „Schein“ entstände, daß Reichspräsident Ebert irgendwelchen parteipolitischen Nebenströmungen Einfluß auf seine Entschlüsse einräumen würde.

In der Reichspressen tritt man der Darstellung der „Nationalen“ entgegen, als sei von Kardorff um seiner Persönlichkeit willen von den Deutschnationalen abgesehen worden. Man betont vielmehr, daß die Ablehnung um deswillen erfolgte, weil eine Sicherheit über die Entfernung der Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung nicht geboten wurde und weil von Kardorffs Haltung gegenüber der bayerischen Frage Bedenken erweckt hätte. Der „Vorwärts“ erklärt dem „Bürgerblat“, bevor er noch überhaupt in die Erscheinung getreten ist, den Kampf bis aufs Messer und findet an, daß er gegen eine Regierung der bürgerlichen Reaktion die „Weiter mobilisieren“ werde. An anderer Stelle ergibt er sich in wohlwollenden Klagen darüber, daß die bösen Bürgerlichen der Sozialdemokraten eine Zusammenarbeit unmöglich gemacht hätten, und man kann aus den Zeilen entnehmen, daß die Furcht, isoliert zu werden, die Gemüter der Sozialdemokratie beifig beunruhigt.

Dr. Albert lehnt die Kabinettsbildung ab.

Berlin, 27. Nov. Reichsminister a. D. Dr. Albert hat dem Reichspräsidenten heute in der Mittagstunde folgendes Schreiben zugestellt: „Ihrem Appell an mein vaterländisches Pflichtgefühl bin ich gefolgt. Ich hoffe, die rechten Männer zur Mitarbeit zu gewinnen. Diese Hoffnung hat sich infolge der parteipolitischen Schwierigkeiten nicht erfüllt. Ich lege daher den Auftrag in Ihre Hände zurück.“

Ein Kabinett Stegerwald?

Berlin, 28. Nov. Die Verhandlungen zwischen den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Deutschnationalen über die Bildung der bürgerlichen Koalition haben zu einer Einigung über die von der Arbeitsgemeinschaft gestellten grundsätzlichen Vorbedingungen geführt, denen laut „Völkischer Zeitung“ alle Fraktionen bis auf die Demokraten zugestimmt haben, die erst heute dazu Stellung nehmen werden. Gewisse Schwierigkeiten bereitet nur noch die Frage der Regierungskoalition in Preußen und das „Berliner Tageblatt“ glaubt sogar im Hinblick auf die übrigen Leistungen an die Möglichkeit des Scheiterns der Bildung eines Bürgerbündes in dieser Frage. Als präsumierter Reichskanzler der bürgerlichen Koalition wird von allen Blättern der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald genannt. Er wurde laut „Völkischer Zeitung“ gestern spät abends zum Reichspräsidenten gerufen, der mit ihm die Situation besprach. Eine offizielle Bestätigung ist noch nicht erfolgt. Der Auftrag an Stegerwald zur Bildung der Regierung soll, dem Blatt zufolge, erst heute vormittag erfolgen, nachdem die Stellungnahme der Demokraten bekannt geworden ist.

Zur Ausweisung polnischer Staatsangehöriger aus München.

Berlin, 27. Nov. Die offizielle polnische Tel.-Ag. veröffentlicht eine Meldung aus München über die Ausweisung polnischer Staatsangehöriger, wonach 90 Familien einen Befehl zur Ausreise innerhalb 48 Stunden, ja sogar innerhalb 24-stündiger Frist erhalten hätten. Diese Meldung ist stark übertrieben. Die von der bayerischen Regierung erfolgten Ausweisungen betreffen nur einen kleinen Bruchteil der in Bayern lebenden polnischen Staatsangehörigen, nämlich von 1500 nur 45. Die Gründe für die Ausweisung sind auf Grund mehr oder weniger schwerer Verstöße gegen die wirtschaftliche Gesetzgebung erfolgt. Aus dem gleichen Anlasse sind übrigens von der bayerischen Regierung auch Angehörige anderer Staaten ausgewiesen worden, so daß von einer ausschließlich gegen Polen gerichteten Maßnahme nicht gesprochen werden kann. Da in einigen Fällen die Verstöße leichterer Natur waren, hat die bayerische Regierung eine Anzahl von Ausweisungen wieder aufgehoben. Der Rest der Ausweisungsbefehle wird einer nochmaligen Prüfung unterzogen. Zur Durchführung gelangt sind bisher überhaupt noch keine Ausweisungen. Die Durchführung ist vielmehr bis zur endgültigen Entscheidung der bayerischen Regierung ausgesetzt worden. Die Meldung von Ausweisungen mit 24, bzw. 48-stündiger Frist ist also eine reine Übertreibung.

Zum Geldübergang.

Berlin, 28. Nov. Vom Reichswährungskommissar Dr. Schacht gehen uns folgende Mitteilungen zu: Die unausbleiblichen Reibungen beim Uebergang von einem Geld zum anderen sind bei der Rentenmark dadurch vermehrt worden, daß bei ihrem Inleben treten noch kein genügender Bestand gedruckt war. Wenn trotzdem die Einführung der Rentenmark zum 15. November beschlossen wurde, so geschah es, weil mit dem

selben Augenblick die Kreditanspruchnahme des Reichs bei der Reichsbank auszubereiten hat. Dieser für den Beginn der Währungsreform einschneidende Punkt mußte alle sonstigen Bedenken überwinden. Gleichzeitig ergab sich die Notwendigkeit, die Rentenmark zu einem möglichst gleichmäßigen Umlaufkreis gegen Papiermark abzugeben. Es war deshalb erforderlich, den Berliner Dollarkurs, der zu dem Auslandskurs der Mark in einem trassen Mißverhältnis stand, in möglichst kurzer Frist der Weltmarkt näherzubringen. Die Rentenmark wurde durch Auszahlung von Löhnen und Gehältern in diesem Zahlungsmittel, um sie den Konsumenten, den Kreisläufigen Nahrungsmittelhandels und den sämtlichen Geschäftsbeziehungen für den Getreideanfauf zuzuleiten. Der Druck der Rentenmark soll im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein. In bis 5 Wochen wird ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittelverkehrs ausreichender Betrag an Rentenmark in den Verkehr gebracht werden. Im gleichen Tempo wird sich der Betrag des Notenumlaufs und der Ströme der Reichsbank vermindern. Da zur Zeit der Kreditung noch nicht offen steht, soll die Rentenmark seitens der Reichsbank nur gegen Übergabe von Papiermark oder Giroguthaben erlösbar werden. Mit dem Eindringen der Rentenmark in den Verkehr ergibt sich eine Papiermarkknappheit, die der bisher fortwährend Papiermarkentwertung mit Sicherheit entgegenwirken wird. Die Reichsbank wird jede neue Papiermarkinfusion mit Vorsicht zu verhindern suchen.

Zur neuen Gebührenerhebung im Post- und Postfachverkehr.

Berlin, 27. Nov. Wie bereits gemeldet, werden die Gebühren im Post- und Postfachverkehr zum Dezember auf neue verbindliche Grundlage in Rentenmark unter gleichzeitiger Erhöhung wertbeständiger Freimarke gestellt. Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. Dezember ab innerhalb Deutschlands gelten, werden die folgenden sein: Für Postkarten im Umfang über 3 Rentenpfennig, im Fernverkehr 5 Rentenpfennig, für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 5 Pfennig, über 20 bis 500 Gramm 10 Rentenpfennig, für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 10 Rentenpfennig, über 20 bis 500 Gramm 20 Rentenpfennig usw. für Drucksachen bis 10 Gramm 3 Rentenpfennig, über 10 bis 50 Gramm 5 Rentenpfennig usw., für Fernpostkarten bis 200 Gramm 10 Rentenpfennig, über 20 bis 500 Gramm 20 Rentenpfennig, für Pakete 1. Klasse bis 7 Kilogramm, 2. Klasse über 7 bis 37,5 Kilogramm, 3. Klasse über 37,5 Kilogramm bis 1 Kilogramm 45, 90, 135 Rentenpfennig, für Wertgegenstände Wertbriefe und Wertpakete die Gebühr für eine gleichmäßig gewöhnliche Sendung, wie die Versicherungsgeld: Briefe bis 100 Gramm und Wertgegenstände bis 50 Rentenpfennig, bei unvorsichtigen Wertpaketen je 20 Mark der Wertangabe in Rentenmark 5 Rentenpfennig, für Postanweisungen in Rentenmark bis 20 Mark 20 Rentenpfennig, über 20 bis 50 Mark 40 Rentenpfennig usw. Die Einschreibgebühr für Postanweisungen und Postaufträge ist auf 20 Rentenpfennig festgesetzt. Für in der endgültige Zahlarten in Papiermark bis 5 Millionen Mark sind zu entrichten 10 Rentenpfennig, über 5 bis 10 Millionen 20 Rentenpfennig usw. Die Auslandsgeldbriefe übertragen vom 1. Dezember an für Postkarten 20 Rentenpfennig, nach Ungarn und Tschechoslowakei 15 Rentenpfennig, für Briefe bis 20 Gramm 30 Rentenpfennig, Ungarn und Tschechoslowakei, für Drucksachen bis 50 Gramm 5 Rentenpfennig. Bei in zunächst noch ungelassenen Zahlung der Gebühren und Postmarken mit Papiermark werden die Rentenmarkbeträge veranschlagt vorerst mit dem Goldumrechnungsfuß für Reichsmark (Steuermark).

Erleichterungen in der Ruhebefehlgang.

Brüssel, 27. Nov. Agente Belge meldet: Wie die Währungsreform, gab der gestern zusammengetretene Ministerrat in der Beschlusseinsparung über die in der Ruhebefehlgang erzielten Ergebnisse Ausdruck. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß es an der Zeit sei, eine Politik der Mäßigung mit Bezug auf die militärische Leistung Platz greifen zu lassen. General D'Amboise werde in Uebereinstimmung mit dem belgischen Militärbehörden die nötigen Maßnahmen ergreifen, um das Besetzungregime in dem Maße weniger scharf zu gestalten, wie durch die Abrüstung und Wertverbeleglichen Arbeitsgemeinschaften geboten würden. Eingehend behandelte in diesem Rahmen das Parlament auch die deutschen Bemerkungen zu dem belgischen Sonderverständigengutachten des Grafen von Helldorf. Die belgischen Bemerkungen auch in einigen Punkten von dem belgischen abwichen, so scheinen ihm die deutschen Erörterungen nicht beachtenswert.

Württ. Amtsgericht Heuenbürg.

Handelsregisterreinstragung, Abt. f. Ges.-Firmen, B. II, vom 24. 11. 1923: Firma **Geschw. Flum**, Sitz Wildbad. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Oktober 1922. Gesellschafter: **Karl Flum**, Kaufmann und **Antonie Flum**, beide in Wildbad.

Höfen a. G.

Die von der hiesigen Gemeinde ausgegebenen

Scheck

ohne Bezeichnung des Zahlungsempfängers verlieren mit dem 3. Dezember ds. J. ihre Gültigkeit.

Die Oberamtsparasse Heuenbürg und die hiesige Gemeindepflege werden diese jedoch noch bis 10. Dez. 1923 in Zahlung nehmen.

Den 26. November 1923.

Schultheißenamt.

Stung!

Herren- u. Damen-Stoffe für Anzüge, Kostüme und Ueberzieher neu eingetroffen in großer Auswahl.

Sehr preiswert! Sehr preiswert!

Hier Pforzheim, Ostliche 23, im Laden zu haben.

Hier können Sie Ware auf Teilzahlungen bis 14 Tage zurücklegen lassen.

Die Nachzahlung für IV. Novemberviertel

ist den Gehaltsempfängern am 27. November überwiesen worden.

Staatsrentamt Hirsau.

Altburg—Wellenschwann.

Aus den Gemeindevaltungen Altburg und Wellenschwann kommen am nächsten **Freitag, den 30. Novbr.,** nachmittags 2 Uhr,

auf dem Rathaus in Altburg im öffentlichen Auktionsverkauf von

Altburg:

21 Forderungen Langholz: 1,73 Fm. 2., 8,84 3., 3,21 4., 0,99 5. M.; Sägholz: 0,80 2. M.;

Wellenschwann:

15 Forderungen Langholz: 9,97 Fm. 3., 0,99 5.; Sägholz: 1,45 2. M.

Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Die beste Bezugsquelle für Herren-Bekleidung

ist nur das

Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, I. Stock.

Kein Laden, bitte genau auf Adresse zu achten. Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung ohne jeden Aufschlag.

Pelzwaren

in größter Auswahl, Färberei, sowie andere Pelze und Pelzblüte zu äußersten Preisen. Neu und Umarbeiten jeglicher Art Pelze und Färberei schnell und sorgfältig.

Friedr. Dann, Pforzheim, Herrenstr. 12, Tel. 2764

Achtung!

Trotz der hohen Teuerung

bin ich noch in der Lage, zu folgenden billigen Preisen zu verkaufen:

Hemden-Flanell, 1,20 Goldmark, Bett-Mattens, 1,20 Goldmark, Bett-Damast, Ausnahmepreis 1,58 Goldmark, Arbeiterhemden, von 3,50 an, Kleiderstoffe jeder Art, von 1,30 an, Strümpfe, Soden, Sweaters, Shals etc.

Bei Anzahlung wird die Ware bis acht Tage zurückgeliefert.

Samuel Rosdzial, Pforzheim

Oestliche 23.

Pforzheimer Gold-Ankaufstelle

kauft Gold, Silber, Platin in Barren und fein, sowie alte Schmuckstücke zum Einschmelzen, Rosen und Brillanten, ferner Gold- und Silbermünzen, in- und ausländische.

Edelmetall-Handlung **A. Meisch,** Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Calmbach

Ein kräftiges **Läufer-Schwein** zu verkaufen **Wildbaderstraße 20**

H. M. „Riri“

